

Beschlüsse der 23. Beiratssitzung
vom 13. Juni 2017

*

Tagesordnungspunkt:

Bebauungsplan 1274 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum

- südlich Altenheim Blumenkamp
- Raschenkampsweg
- Auf dem Hohen Ufer
- Billungstraße

(Stellungnahme des Beirates als Träger öffentlicher Belange)

Beschluss (13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen):

Der Beirat nimmt im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange den überarbeiteten Bebauungsplan 1274 billigend zur Kenntnis und sieht seine gesteckten Ziele grundsätzlich als erfüllt an. Er regt an Photovoltaikanlagen auf den Wohngebäuden sowie Dachbegrünung umzusetzen und auf den Stellplatzanlagen und Garagenhöfen E-Ladestationen zu ermöglichen.

Des Weiteren fordert der Beirat den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, für die öffentliche Grünfläche („Woldes Wiese“) zwischen dem Baugebiet und Raschenkampsweg die weiteren Schritte zur Planung und Umsetzung der Ideen aus dem nichtständigen Ausschuss des Beirates vorzunehmen. Hierzu zählt als erstes die Herstellung eines Wegenetzes, orientiert an der historischen Wegeverbindung. Zeitnah sind dabei die ökologischen Ausgleichsmaßnahmen umzusetzen.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport wird gebeten, einen Treffpunkt für Jugendliche auf einem Teil der Woldes Wiese zu entwickeln und umzusetzen. Als Grundlage sollen die Ergebnisse aus den durchgeführten Beteiligungsprozessen „Ideenwerkstatt zur Woldes Wiese“ und „Beteiligungstag in Burglesum“ mit Jugendlichen aus dem Stadtteil dienen. Der Kinder- und Jugendbeirat Burglesum ist ebenfalls mit zu beteiligen.

Tagesordnungspunkt:

Bericht über die Entwicklung von Gewerbeansiedlung und Gewerbeflächen im Stadtteil

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat nimmt Kenntnis. Er begrüßt die steigende Nachfrage an Flächen im Bremer Industriepark und erwartet mit der Fertigstellung des Wesertunnels eine weitere Zunahme der Nachfrage. Der Beirat Burglesum bittet deshalb den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zusammen mit der Wirtschaftsförderung Bremen unverzüglich unter Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel die Entwicklung und Herstellung der Optionsfläche im Bremer Industriepark vorzunehmen, um eine

bedarfsgerechte Entwicklung von Gewerbeflächen zu gewährleisten und eine Ansiedlung von Unternehmen ohne größeren Zeitverzug und der Gefahr von Abwanderung zu ermöglichen.

Tagesordnungspunkt:

Zukunft der ehemaligen Burgdammer Dorfschule als Kita-Standort

Beschluss (16 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):

Der Beirat verurteilt aufs schärfste das Nichterscheinen der eingeladenen Behördenvertreter, besonders von Immobilien Bremen. Besonders die Unmöglichkeit auf die nicht nachvollziehbaren schriftlichen Antworten weitere Nachfragen stellen zu können wird als Behinderung der politischen Arbeit des Beirates bewertet.

Neue inhaltliche Informationen sind in der Beantwortung nicht zu erkennen. Lediglich die mindestens einjährige Verzögerung bei der Umsetzung einer neuen Lösung wird allgemein skizziert. Es fehlt aber der Zeitplan, wann die nunmehr aufgenommenen „wohlwollenden Prüfungen“ zu einem Ergebnis führen sollen, bevor dann eine evtl. neue Planungsphase beginnt.

Der Beirat erwartet, da hier zwei Ressorts betroffen sind, dass der Bürgermeister zur Unterstützung des Beirates ein Gespräch mit den Betroffenen noch vor den Sommerferien anberaumt.

Sollte kein neues Ergebnis festgestellt werden, ist weiterhin dem Beiratsbeschluss auf der Basis des Vorschlages der Senatorin für Kinder und Bildung zu folgen, eine Kita-Betreuung am Standort der „Alten Burgdammer Schule“ für das Kindergartenjahr 2019/2020 zu ermöglichen.

Tagesordnungspunkt:

Antrag zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die pädagogische Begleitung des Kinder- und Jugendbeirates

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat Burglesum beantragt gemäß §32 (1) Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport im Rahmen der Aufstellung der Haushalte 2018 / 2019 Mittel für die qualifizierte pädagogische Begleitung des Kinder- und Jugendbeirates Burglesum zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Die Beiräte und Ortsämter sind gemäß dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter verpflichtet Kinder und Jugendliche an Entscheidungsprozessen zu beteiligen und das kommunalpolitische Engagement von Jugendlichen im Beiratsbereich zu fördern und zu unterstützen. Die administrativen Aufgaben werden bereits durch das Ortsamt übernommen. In den letzten sieben Jahren, in dem in Burglesum ein aktiver Kinder- und Jugendbeirat existiert, wurde immer wieder deutlich, dass die Jugendlichen, neben der Begleitung durch das Ortsamt, eine pädagogische Begleitung für ihre Arbeit dringend benötigen. Darüber hinaus wird die Bedeutung und Förderung von Jugendbeiräten auf Stadtteilebene im Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen ebenfalls deutlich herausgestellt und unterstreicht zusätzlich die Forderung des Beirates.